

Sven Behrendt

Die israelisch-palästinensischen Geheimverhandlungen von Oslo 1993

Ein konstruktivistischer Interpretationsversuch

Im September 1993 kam es zu einem Durchbruch im Nahost-Friedensprozeß: Die PLO und der Staat Israel erkannten sich gegenseitig an und unterzeichneten eine Prinzipienklärung. Gegenseitige Anerkennung und Prinzipienklärung waren Resultat eines geheimen Verhandlungskanals zwischen Israelis und Palästinensern in Oslo von Januar bis September 1993. Das Interaktionsergebnis sowie der eigentümlich organisierte Verhandlungskanal verlangen nach einer Erklärung. Es stellt sich insbesondere die Frage, wie Akteure ihre Anerkennung verhandeln können, wenn die gegenseitige Anerkennung doch Vorbedingung von Verhandlungen ist. In der Zeitschrift für Internationale Beziehungen wurde wiederholt von Anhängern konstruktivistischer Erklärungsansätze internationaler Beziehungen auf die Bedeutung »diskursiver Prozesse« für das Zustandekommen von Kooperation hingewiesen. Der vorliegende Beitrag spürt einen solchen Prozeß für die erste Phase der Osloer Verhandlungen auf und weist anhand von Vergleichen mit anderen israelisch-palästinensischen Verhandlungskanälen nach, daß die Existenz eines diskursiven Prozesses in Oslo eine wichtige, wenn nicht gar notwendige Bedingung für den israelisch-palästinensischen Verhandlungserfolg war.

1. Einleitung¹

An der Frage, wie Kooperation in den internationalen Beziehungen zustande kommt (vgl. Müller 1994), hat sich in der Zeitschrift für Internationale Beziehungen eine oftmals hochabstrakt geführte Debatte zwischen Rational-Choice-Anhängern und Anhängern konstruktivistischer Ansätze entzündet.² Der folgende Beitrag hat nicht das Anliegen, in die Debatte mit der Präsentation weiterer theoretischer

1 Für die Begleitung dieser Forschungsarbeit danke ich Thomas Risse, I. William Zartman und Gerald Schneider, den Teilnehmern der Kolloquien der *Washington Interest in Negotiation Group* der *Johns Hopkins University*, Washington D.C. und des Robert-Schuman-Centers des Europäischen Hochschulinstituts, Florenz, sowie für hilfreiche Anmerkungen zum Manuskript den anonymen Gutachterinnen, Gutachtern und Christoph Weller.

2 Vgl. Müller (1994, 1995); Schneider (1994); Keck (1995, 1997); Risse-Kappen (1995); Schmalz-Bruns (1995); Jäger (1996); Genschel/Plümper (1996); Schimmelfennig (1997).

Argumente einzugreifen, sondern stürzt sich von den notwendigen Höhen abstrakter Theoriediskussion in die Niederungen empirischer Umsetzung. Er präsentiert einen Verhandlungsprozeß, der der weiteren Debatte als eine aufschlußreiche Fallstudie dienen könnte. Dieser Fall ist gleichzeitig von historischer Bedeutung und aufgrund seines ungewöhnlichen Verlaufs und überraschenden Ergebnisses eine nähere Analyse wert: Es handelt sich um die Osloer Geheimverhandlungen zwischen der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und Israel von Januar bis September 1993, die in die gegenseitige Anerkennung und die Unterzeichnung einer Prinzipienklärung mündeten.

Im September 1993 wurden mit der gegenseitigen Anerkennung und der Verabschiedung einer Prinzipienklärung die formalen Grundlagen für einen Ausgleich zwischen der PLO und Israel gelegt.³ Zweifellos handelt es sich bei den Anerkennungserklärungen von Oslo um kooperative Züge: In einem Brief vom 9. September 1993 erkannte der Vorsitzende der PLO, Yassir Arafat, den Staat Israel an. Damit gab die PLO formal ihre Ansprüche auf das gesamte ehemalige Mandatsgebiet »Palästina« auf. Im Gegenzug erkannte der israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin in seinem Brief vom 10. September 1993 die PLO als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes an. In einer Prinzipienklärung, unterzeichnet am 13. September 1993 in Washington, verständigten sich die beiden Parteien auf einen weiteren Verhandlungsprozeß, an dessen Ende ein umfassendes Friedensarrangement stehen sollte.⁴ Diesem Durchbruch war ein geheimer Verhandlungsprozeß vorgeschaltet: In insgesamt 14 Runden wurde zwischen Israelis und Palästinensern in Oslo die gegenseitige Anerkennung und die Prinzipienklärung ausgehandelt. Sowohl das Interaktionsergebnis wie auch die eigentümliche Gestaltung des Verhandlungsprozesses verlangen eine Erklärung.

Anhänger konstruktivistischer Erklärungsansätze haben wiederholt auf die Bedeutung »kommunikativen Handels« für das Zustandekommen von Kooperation hingewiesen. Sie behaupten, daß internationale Verhandlungen sogenannte »diskursive Prozesse« integrieren müßten, um es den Verhandlungsparteien zu ermöglichen, sich auf Regeln zu einigen, die die Grundlage für einen folgenden strategischen Aushandlungsprozeß bilden. Wenn man einmal annimmt, daß diskursive Prozesse in internationalen Verhandlungen so zentral sind, kann dann ein entsprechender Prozeß auch in den erfolgreichen Geheimverhandlungen von Oslo nachgewiesen werden? Oder anders formuliert: Zu welchen Ergebnissen kommt eine an konstruktivistischen Kommunikationsansätzen orientierte Erklärung der Osloer Verhandlungen?

3 Bei Abschluß des Manuskripts war dieser Ausgleich noch immer nicht erzielt. Vielmehr debattierten die Verhandlungsparteien auch nach über fünf Jahren noch darüber, auf welche Weise ein endgültiges Friedensabkommen zu verhandeln sei. Im *Sharm-el-Sheikh-Memorandum* vom September 1999 einigten sich Israel und die PLO darauf, zunächst einmal ein sogenanntes »Framework Agreement« (Art 1c) zu formulieren, das dann als Grundlage für die Verhandlungen über den endgültigen Status der besetzten Gebiete dienen sollte (*Sharm el-Seikh Memorandum on the Implementation Timeline of Outstanding Commitments of Agreements Signed and the Resumption of Permanent Status Negotiations*, 4. September 1999, <http://www.mfa.gov.il/mfa/go.asp?MFAH0fo30>; 26.1.2000).

4 Für eine umfassende Dokumentation vgl. Abdul Hadi (1997)

Dieser Beitrag beschäftigt sich im folgenden weniger mit der theoretischen Debatte, sondern stellt das empirische Argument in den Vordergrund. Daher werden in einem ersten Schritt nur skizzenhaft die Funktion und Elemente diskursiver Prozesse in internationalen Verhandlungen erläutert. Im nächsten Schritt wird ermittelt, ob im Verhandlungsprozeß von Oslo ein diskursiver Prozeß zwischen Israelis und Palästinensern nachgewiesen werden kann.⁵ Wenn dieser Nachweis gelingen sollte, ist es Aufgabe des dritten Schrittes zu überprüfen, inwiefern dieser Prozeß eine notwendige, zumindest aber wichtige Bedingung für das Zustandekommen des israelisch-palästinensischen Verhandlungserfolgs war. Dazu wird ein Vergleich mit drei weiteren israelisch-palästinensischen Verhandlungskanälen angestellt. Wenn diese Kanäle ebenfalls die von konstruktivistischen Verhandlungsansätzen als notwendig erachteten Komponenten aufweisen, dann leistet die konstruktivistische Erklärungsperspektive zumindest für diesen Fall keinen zusätzlichen Erkenntnisgewinn. Wenn aber nachgewiesen werden kann, daß nur in Oslo ein diskursiver Prozeß stattfand, dann ist zumindest nicht auszuschließen, daß er eine notwendige Bedingung für dessen Erfolg war.

2. Diskursive Prozesse in (internationalen) Verhandlungen

Um zu erklären, wie Konfliktparteien in internationalen Verhandlungen trotz strategischer Dilemmata ein kollektiv rationales Interaktionsergebnis erzielen und damit zu Konfliktregelungen gelangen, wurde in den letzten Jahren ein Interaktionsmodus identifiziert, der bislang vernachlässigt worden war: das »kommunikative Handeln«. Kommunikativ handelnde Akteure sind nicht primär am eigenen Erfolg orientiert; vielmehr verfolgen sie ihre individuellen Ziele durch die Abstimmung ihrer Handlungspläne auf der Grundlage gemeinsamer Situationsdefinitionen (Habermas 1981: 385). In internationalen Verhandlungen greifen Konfliktparteien auf diesen Interaktionsmodus zurück, um durch Argumentieren und Überzeugen – diskursive Prozesse – einen Konsens hinsichtlich zukünftigen Konfliktverhaltens zu erzielen. Diskursive Prozesse sind notwendige Bedingung für erfolgreiche Verhandlungen, da sie die Spannung zwischen kollektivem Interesse am Vertragsabschluß und individuellen Verteilungsinteressen, dem Verhandlungsdilemma, erträglich gestalten. Auch konstruktivistische Ansätze gehen davon aus, daß Verteilungsfragen zentrales Element internationaler Verhandlungen sind; sie betonen allerdings, daß einem strategischen Aushandlungsprozeß notwendigerweise ein diskursiver Prozeß vorgeschaltet sein muß, um eine Einigung hinsichtlich der Regeln des Aushandlungsprozesses zu erzielen. Erst durch diese Einigung auf eine für alle Konfliktparteien als angemessen empfundene Verhandlungsstruktur gewinnt der folgende strategische Aushandlungsprozeß seine Legitimität.

- 5 Diese Analyse kann auf ein reichhaltiges Primärmaterial zurückgreifen, insbesondere auf zahlreiche Interviews mit Teilnehmern der Geheimverhandlungen. Sie konzentriert sich auf den *Verlauf* des Verhandlungsprozesses; Ex-post-Bewertungen des Verhandlungsergebnisses können daher ausgeklammert werden.

Welches aber sind die Grundlagen diskursiver Prozesse? Drei Elemente sind von besonderer Bedeutung (Risse 2000): Erstens dürfen die Konfliktparteien nicht nur versuchen, die Gegenpartei von der Richtigkeit ihres Arguments zu überzeugen – sie müssen sich vielmehr bereit zeigen, das Argument des Dialogpartners zu verstehen und sich gegebenenfalls vom besseren Argument der Gegenpartei überzeugen zu lassen. Dies verlangt von den Parteien den Willen zum empathischen Verständnis der Argumentationsstrukturen des Interaktionspartners; sie müssen »dialogfähig« sein. Sie akzeptieren damit, ihre eigenen Interpretationen sozialer, politischer und materieller Zusammenhänge zur Disposition zu stellen und möglicherweise auf Grund des besseren Arguments des Diskurspartners korrigieren zu müssen. Zweites Element ist die gegenseitige Anerkennung der Akteure als relevante Konfliktparteien mit legitimen Interessen an einem bestimmten Konfliktausgang. Dadurch wird der Zugang zu Verhandlungen und Teilnahme an diskursiven Prozessen geregelt. Diese Teilnahme muß darüber hinaus gleichberechtigt sein: In diskursiven Prozessen zählt lediglich das bessere Argument, nicht aber die Durchsetzung eigener Positionen auf der Basis eines überlegenen Machtpotentials. Freilich sind Machtpotentiale zwischen internationalen Akteuren in den meisten Fällen de facto ungleich verteilt. Um dennoch einen diskursiven Prozeß führen zu können, müssen sich die teilnehmenden Akteure auf eine konstruierte Situation einlassen, in der Machtressourcen keine Berücksichtigung finden (Risse 2000: 16f). Das dritte Element erfolgreicher diskursiver Prozesse schließlich, so das Argument, ist die Existenz einer »gemeinsamen Lebenswelt«, die dem Prozeß als Referenzrahmen dient und an dem sich die Stichhaltigkeit der ausgetauschten Argumente überprüfen läßt. Geteilte Wissensvorräte, von den Akteuren als legitim anerkannte Normensysteme und soziale Identitäten, die den Akteuren erst Kommunikation ermöglichen, sind die konstitutiven Bestandteile der »gemeinsamen Lebenswelt« (Risse 2000: 14-16).

Diskursive Prozesse stellen allerdings nicht nur einen Konsens hinsichtlich der Regeln eines distributiven Aushandlungsprozesses her, sondern wirken auch identitätsbildend. In diskursive Prozesse eingebundene Akteure identifizieren sich schrittweise mit dem Resultat des Prozesses, das heißt mit dem Lösungskonzept ihres strategischen Dilemmas, das sich an der Erzielung eines für alle Beteiligten zufriedenstellenden Interaktionsergebnisses orientiert. Konsequenterweise bilden sich »social identities [which] involve an identification with the fate of the other« (Wendt 1996: 52). Es entsteht eine kollektive Identität, die durch die Bindung der Akteure an das Ergebnis des diskursiven Prozesses selbst konstruiert wird, womit die Identitäten der einzelnen Akteure freilich zu seiner abhängigen Variable werden. Wenn nun angenommen wird, daß Interessen und Präferenzen hinsichtlich eines bestimmten Interaktionsergebnisses im wesentlichen abhängig von der Identität des jeweiligen Akteurs sind, und sich gleichzeitig Identitäten unter dem Eindruck diskursiver Prozesse wandeln können, dann kann davon ausgegangen werden, daß Akteurspräferenzen einem entsprechenden Wandlungsprozeß unterliegen. Identifizieren sich Diskurspartner mit dem erarbeiteten Lösungskonzept und führt dies zur Bildung einer kollektiven Identität, dann bedeutet dies – im günstigen Fall – die gleichzeitige Bildung kollektiver Präferenzen hinsichtlich eines Interaktionsergeb-

nisses.⁶ Damit tritt das strategische Dilemma, das die Konfliktkonstellationen der Parteien zu Beginn definiert hatte, in den Hintergrund.

Konstruktivistische Erklärungsversuche internationaler Verhandlungen konkurrieren somit mit solchen, die sich auf das Analyseinstrumentarium »rational choice«-gestützter Ansätze berufen. Sie stellen Informations- und Transaktionskosten sowie die Verhandlung über die Verteilung von Kooperationsgewinnen in den Vordergrund der Analyse. Basierend auf gegebenen Präferenzen beginnen Verhandlungsparteien einen strategischen Aushandlungsprozeß, an dessen Ende – im erfolgreichen Fall – ein die Präferenzen und die relative Machtverteilung der Akteure reflektierendes Verhandlungsergebnis steht. Dieses Verhandlungsergebnis fällt notwendigerweise in ein gegebenes Intervall, das sich aus der Überlappung der Präferenzen der verhandelnden Akteure ergibt (vgl. Fearon 1995, 1998; Morrow 1994).

Eine Erklärung der Geheimverhandlungen von Oslo kann nun eine »rational choice«-gestützte oder konstruktivistische Wendung nehmen. Ohne Zweifel würde die erste Option zu interessanten Resultaten führen; es ließe sich beispielsweise die Notwendigkeit der Geheimhaltung der Gespräche mit der Verringerung der politischen Kosten der Verhandlungsführung im Sinne der Transaktionskostenreduktion erklären. Die folgenden Seiten machen allerdings deutlich, daß der Verhandlungsprozeß von Oslo zahlreiche Eigentümlichkeiten aufweist, die den theoretischen Annahmen konstruktivistischer Verhandlungsanalyse erstaunlich nahekommen. Es lohnt also, die zweite Option zu verfolgen.

Eine konstruktivistische Erklärung muß zunächst damit beginnen, ein strategisches Dilemma zwischen PLO und Israel aufzuspüren, das es zu überwinden galt. Danach werden die Osloer Verhandlungen auf Hinweise für die Existenz eines diskursiven Prozesses und seiner Elemente – gemeinsame Lebenswelt, Empathie und gegenseitige Anerkennung – überprüft. Konnten die Osloer Verhandlungen in ihrer ersten Phase Ergebnisse erzielen, die den nachfolgenden strategischen Aushandlungsprozeß strukturierten? Kann darüber hinaus plausibel argumentiert werden, daß sich zwischen den Teilnehmern des Osloer Prozesses eine kooperationsfördernde kollektive Identität entwickelte?

3. *Die strategische Güterabwägung von PLO und Israel am Vorabend der Geheimverhandlungen von Oslo*

Eine Erklärung des israelisch-palästinensischen Durchbruchs muß ihren Anfang in der strategischen Güterabwägung der beiden Parteien am Vorabend von Oslo nehmen. Wo kein grundsätzliches Interesse an einem Konfliktausgleich besteht, dort werden auch keine substantiellen Verhandlungen geführt. Verkürzt handelte es sich

6 Diese Aussage steht im scharfen Gegensatz zu rationalistischen Erklärungsansätzen, die Identitäten, Interessen und Präferenzen der interagierenden Akteure als gegeben annehmen und allenfalls eine Modifikation von Akteurspräferenzen durch die in Verhandlungsprozessen neu gewonnenen Informationen über bestimmte Sachverhalte in Folge sich verändernder Kognitionsstrukturen zulassen.

beim israelisch-palästinensischen Konflikt um einen Territorialkonflikt, in dem beide Seiten sich zunächst das Recht vorbehielten, ausschließliche Herrschaftsgewalt über das ehemalige britische Mandatsgebiet Palästina auszuüben. Eine Harmonisierung der sich gegenseitig ausschließenden Ansprüche war über Jahrzehnte nicht in Sicht.⁷ Seine besondere Akzentuierung – und damit auch seinen Reiz für die konstruktivistische Verhandlungsanalyse – erhielt der Konflikt durch die Politik der Nichtanerkennung. Bis 1993 weigerten sich beide Seiten, die jeweils andere als Akteur anzuerkennen – die PLO nicht den Staat Israel, Israel nicht die PLO.⁸ Die jeweilige Anerkennung des anderen wurde von beiden Seiten mit der Anerkennung von dessen Ansprüchen verbunden, die aufgrund ihrer Ausschließlichkeit die eigene Existenz in Frage stellten.

Aufgrund zahlreicher Strukturveränderungen auf internationaler und innerstaatlicher bzw. innerorganisatorischer Ebene, entwickelten beide Seiten bis Sommer 1992 Präferenzen, auf deren Basis kooperative Konfliktbearbeitung möglich wurde.⁹ Der zweite Golfkrieg 1990/91 verdeutlichte Israel, daß seine nationalen Sicherheitsinteressen über den unmittelbaren regionalen Kontext des Nahen Ostens hinausgingen. Israel mußte sich mit seiner unmittelbaren Nachbarschaft arrangieren, um sich dann mit Staaten auseinandersetzen zu können, die die vitalen Sicherheitsinteressen Israels gefährdeten. Der Golfkrieg belastete außerdem nachhaltig die in Jahrzehnten aufgebaute israelisch-amerikanische strategische Partnerschaft: Die konfrontative Haltung Israels gegenüber seinen arabischen Nachbarstaaten erschwerte die Integration der arabischen Staaten in eine Allianz gegen Saddam Hussein; gleichzeitig wurde auf amerikanischer Seite mit Wohlwollen die Teilnahme von bis dahin als schwierig geltenden Staaten wie Syrien auf Seiten der Allianz zur Kenntnis genommen. Damit war Israel allerdings auch nicht mehr der exklusive militärische Partner der USA in der Region. In Konsequenz wurden der amerikanischen Administration Freiräume geschaffen, nach Ende des Krieges Druck auf Israel auszuüben, den Ausgleich mit den arabischen Parteien voranzutreiben. Ein weiterer Faktor für die Neudefinition der israelischen Präferenzen war die von den Palästinensern im Dezember 1987 begonnene Intifada, die die unmittelbare Sicherheit der Israelis bedrohte.¹⁰ Obwohl die israelischen Sicherheitskräfte und auch die öffent-

7 Zur situationsstrukturellen Modellierung des israelisch-palästinensischen Konflikts vgl. Beck (1997: 303-314).

8 Freilich hatte die 19. Sitzung des palästinensischen Nationalrates im November 1988 im Rahmen einer Unabhängigkeitserklärung einen palästinensischen Staat mit Referenz zu Resolution 181 der UN-Vollversammlung ausgerufen. Man könnte argumentieren, daß die PLO implizit damit auch das israelische Existenzrecht anerkannt hätte. Nach israelischer Ansicht ging diese Anerkennungserklärung allerdings nicht weit genug und auch solche Passagen der PLO-Charta, die zur Vernichtung des Staates Israel aufriefen, wurden in Folge der Erklärung nicht gestrichen. Damit ist der rechtliche und vor allem politische Status der impliziten Anerkennung Israels durch die PLO im Jahr 1988 höchst umstritten. Vgl. dazu auch Cossali (1996).

9 Vgl. dazu eine begrenzte Auswahl zahlreicher Analysen: Aggestam/Jönsson (1997); Avineri (1993); Cobban (1995); Karsh/Mahler (1994); Karsh/Sayigh (1994); Marcus (1992); Nassar (1991); Schmid (1993); Shlaim (1994); Sunderbrink (1993).

10 Vgl. den Zusammenhang zwischen Intifada und öffentlicher Meinung bei Goldberg et al. (1991).

liche Meinung davon ausgegangen waren, den Aufstand schnell niederschlagen zu können, zog dieser sich unerwartet lange hin. Zusammen mit dem sozialen Druck durch die Immigranten aus der ehemaligen Sowjetunion und sich verschlechternden Wirtschaftsdaten sorgten diese Faktoren für einen Stimmungsumschwung, der in der Wahl Yitzhak Rabins zum israelischen Ministerpräsidenten im Sommer 1992 mündete. Rabin hatte im Wahlkampf versprochen, innerhalb von neun Monaten mit den Palästinensern zu einem Ausgleich zu gelangen. Damit war eine Einigung grundsätzlich möglich geworden.

Auch die PLO war zu Beginn der neunziger Jahre zahlreichen Strukturveränderungen unterworfen und hatte sich unter der Führung von Yassir Arafat im tunesischen Exil in die politische Isolation manövriert. Arafat hatte den irakischen Einmarsch in Kuwait 1990 nicht verurteilt, sondern spekulierte im Gegenteil auf die Verknüpfung einer politischen Lösung der Kuwait-Krise mit der Lösung der Palästinafrage. Im Gegenzug allerdings stellten Kuwait und Saudi-Arabien ihre Finanzzahlungen an die PLO endgültig ein, so daß die PLO zunehmend in eine finanzielle Krise geriet. Mit dem zusätzlichen Verlust internationaler politischer und materieller Unterstützung nach der Auflösung der Sowjetunion geriet die PLO auch innerhalb der palästinensischen Gesellschaft unter Druck. Mit den Zuwendungen ihrer internationalen Geldgeber war es der PLO lange Zeit möglich gewesen, durch Rentenzahlungen differenzierte Klientelstrukturen zu den Palästinensern in der *West Bank* und dem Gaza-Streifen aufrechtzuerhalten. Als die PLO die Zahlungen verringern mußte, drangen alternative palästinensische Akteure in das sich bildende Vakuum ein. Insbesondere die islamistische Hamas etablierte sich durch ihre gesellschaftliche Verankerung in weiten Teilen der palästinensischen Gesellschaft als relevante politische Kraft und stellte den Alleinvertretungsanspruch des palästinensischen Volkes durch die PLO in Frage.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen richteten beide Akteure ihre Präferenzen hinsichtlich ihres bilateralen Verhältnisses neu aus. Die Sicherheitsbedürfnisse Israels konnten nur über eine modifizierte Haltung gegenüber der PLO befriedigt werden; die PLO konnte ihre Position gegenüber den alternativen palästinensischen Kräften nur behaupten, wenn ihr die Mobilisierung neuer politischer und materieller Ressourcen gelang. Dies war nur über einen Ausgleich mit Israel möglich. Um ihre weitergehenden Interessen erfolgreich zu verfolgen, mußten allerdings beide zunächst ein Grundproblem ihrer Beziehungen bearbeiten: Beide Seiten hatten seit der Gründung der PLO im Jahre 1964 eine förmliche Anerkennung der Gegenseite unter allen Umständen ausgeschlossen. Um nun zu einem Ausgleich zu gelangen, mußten sie demnach zunächst ihre Präferenzen hinsichtlich der Anerkennungsfrage modifizieren.

Die zwei Akteure, Israel und die PLO, hatten also grundsätzlich zwei Optionen: Die andere Seite anzuerkennen – die PLO den Staat Israel, Israel die PLO als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes – oder dies zu unterlassen. Unter Berücksichtigung der weitergehenden Interessen der beiden Akteure lassen sich nun folgende Präferenzen hinsichtlich des möglichen Interaktionsergebnisses im Anerkennungskonflikt ermitteln, die in ihrer Zusammenstellung ein klassisches Ge-

fangenendilemma ergeben: Das beste Interaktionsergebnis für beide Akteure bestand offensichtlich weiterhin darin, von der jeweils anderen Seite bedingungslos anerkannt zu werden – also die Anerkennung der PLO durch Israel inklusive der in der PLO-Charta genannten Ziele, oder die Anerkennung Israels durch die PLO inklusive der israelischen Ansprüche, das Ideal eines *Erez Israel* im gesamten Mandatsgebiet Palästina zu verwirklichen; dies allerdings, ohne jeweils die andere Seite anerkennen zu müssen. Die zweite Präferenz bestand in der bedingten gegenseitigen Anerkennung – das heißt der Anerkennung der anderen Partei unter der Bedingung der Modifikation der exklusiven Ansprüche des anderen auf das Mandatsgebiet Palästina. Die dritte Präferenz bestand in der Aufrechterhaltung des Status quo; die vierte und letzte Präferenz schließlich in der bedingungslosen Anerkennung des anderen, ohne daß ein solch kooperativer Zug von der Gegenseite beantwortet würde.

Das strategische Dilemma wurde nun um eine Eigentümlichkeit verschärft, die ihre Brisanz vor allem in einer konstruktivistischen Analyse von Verhandlungsprozessen gewinnt. Eines ihrer Postulate ist die gegenseitige Anerkennung der Konfliktparteien als eine Vorbedingung für die Einrichtung von Verhandlungen. Ohne freilich der Grundlagen konstruktivistischer Kommunikationsanalyse gewahr zu sein, hatten die Konfliktparteien die Negation dieses Postulats zum politischen Dogma erhoben: Beide Parteien hatten die direkte Interaktion/Kommunikation ausgeschlossen, da damit notwendigerweise die Anerkennung impliziert war. Mitte der achtziger Jahre hatte Israel ein Gesetz verabschiedet, das es jedem Israeli verbot, mit einem Mitglied der PLO zu kommunizieren.¹¹ Die offiziellen Friedensverhandlungen in Washington wurden erst möglich, als die Palästinenser zugesichert hatten, keine PLO-Vertreter zu entsenden. Auch Arafat erkannte:

»[Rabin] is afraid even to sit with the Palestinian[s] at the table because it will prove to the world that he is the occupier when I ask him to end the occupation of my people.«¹²

Gleichzeitig betonten die Palästinenser:

»[Meeting Israelis] had always been a delicate and potentially explosive issue, both with the public and with our leadership. Traditionally, only collaborators or people with questionable national credentials had conducted talks with Israeli officials, particularly as popular perceptions represented such meetings as »normalisation« under occupation or suspicious secret deals/sell outs« (Ashrawi 1995: 238).

Diese Position war folgerichtig, denn wie konnte die PLO mit einem Staat kommunizieren, dessen politische Doktrin das Existenzrecht der Palästinenser und damit die Existenz der PLO verneinte? Wie konnte andererseits Israel mit einer Organisation in Dialog treten, die zur Vernichtung Israels aufrief? Anders ausgedrückt: Wie konnten die Konfliktparteien nun ihre gegenseitige Anerkennung verhandeln, wenn die Anerkennung des anderen eine zentrale Voraussetzung von Verhandlungen ist? An dieser Frage, die das ganze historische Dilemma der palästinensisch-

11 Dieses Gesetz wurde kurz vor der ersten Runde der Gespräche von Oslo aufgehoben.

12 Dokumentiert in: Al-Shira', Beirut, 4. Januar 1993, in: FBIS-NES-93-003 (Foreign Broadcast Information Service, Near East and South Asia).

israelischen Beziehungen offenbart, läßt sich der eigentliche Beitrag der eigentümlich geführten Geheimverhandlungen von Oslo von Januar bis September 1993 aufzählen.¹³

4. Der Prozeß von Oslo

Um die Leistungsfähigkeit konstruktivistischer Verhandlungsanalyse nachzuweisen, muß nunmehr überprüft werden, ob es sich bei dem ersten Abschnitt der Gespräche von Oslo um einen Diskurs im konstruktivistischen Sinne handelte, der basierend auf den Elementen Empathie, gegenseitige Anerkennung jenseits eines existierenden Machtgefälles und einer gemeinsamen Lebenswelt einen von beiden Seiten akzeptierten Rahmen für einen folgenden strategischen Aushandlungsprozeß erarbeitete. Darüber hinaus müßten plausible Schlußfolgerungen hinsichtlich sich möglicherweise verschobener Identitäten und Präferenzen der teilnehmenden Akteure möglich sein. Zudem muß überprüft werden, ob unter der Voraussetzung, daß die erste Phase der Verhandlungen von Oslo als diskursiver Prozeß bezeichnet werden kann, diskursive Elemente eine notwendige Bedingung für ihren Erfolg waren.

4.1. Die Entwicklung und Funktion einer gemeinsamen Lebenswelt

Inwiefern läßt sich nun eine gemeinsame Lebenswelt im konstruktivistischen Sinne ermitteln, die als Basis für einen diskursiven Prozeß in Oslo hätte genutzt werden können? Für die Beantwortung dieser Frage muß etwas ausgeholt werden. Lebenswelten, die kommunikativen Prozessen eine tragfähige Grundlage bieten, wachsen ja nicht auf Bäumen, sondern haben ihre eigene Entstehungsgeschichte. Die Entstehungsgeschichte der gemeinsamen Lebenswelt, auf deren Basis der Prozeß von Oslo entstehen konnte, scheint besonders interessant. Für die konstruktivistische Analyse beginnt der Prozeß von Oslo dementsprechend sowohl zeitlich als auch konzeptionell mit der Einrichtung der multilateralen Friedensverhandlungen von Madrid. Nach der Friedenskonferenz von Madrid im November 1991 wurden bi- und multilaterale Verhandlungsrunden zwischen den Konfliktparteien eingerichtet. Während die bilateralen Verhandlungen zu Abkommen zwischen Israel und Syrien, Libanon und der jordanisch-palästinensischen Delegation führen sollten, wurden die multilateralen Verhandlungen zur Bearbeitung übergreifender Probleme – Verteilung des Wassers, Zukunft der Flüchtlinge, regionale Sicherheitsarrangements, Umweltfragen und Entwicklung des regionalen ökonomischen Potentials – eingerichtet und in fünf Arbeitsgruppen untergliedert.¹⁴ Teilnehmer der multilateralen

13 Für eine detaillierte Beschreibung des Verhandlungsprozesses vgl. u.a. Peres (1993, 1995); Corbin (1994); Halter/Laurent (1994); King (1994); Abbas (1995); Makovsky (1996); Ashrawi (1995); Heikal (1996); Beilin (1997); Savir (1998); Enderlin (1997); Segev (1998).

14 Die beste Übersicht über die multilateralen Friedensverhandlungen gibt Peters (1994, 1996).

Verhandlungen waren neben den Ko-Sponsoren des Friedensprozesses – den USA und Rußland – Akteure, die zwar nicht unmittelbar am arabisch-israelischen Konflikt beteiligt, wohl aber ein Interesse an einem bestimmten Ausgang der Verhandlungen hatten. Darunter waren auch die Staaten der Europäischen Union (EU), die durch die Kommission der EU vertreten wurden. Im Umfeld dieser Verhandlungen tummelten sich zudem zahlreiche Nicht-Regierungsorganisationen und internationale Organisationen, die einen konzeptionellen Beitrag zum Gelingen des Prozesses leisten wollten.

Während die bilateralen Friedensverhandlungen von ihrem Beginn an zumeist auf der Stelle traten, entwickelten sich die multilateralen Friedensverhandlungen zu einer regelrechten Ideenbörse. Insbesondere die Arbeitsgruppe für regionale Entwicklung (*Regional Economic Development Working Group, REDWG*), für die die EU-Kommission die Leitung übernommen hatte, formulierte zahlreiche Vorschläge zur Modernisierung der regionalen Wirtschaftsstrukturen. Diese Diskussion wurde sowohl von den Palästinensern der *West Bank* als auch von der PLO in Tunis aufgenommen. Auf der *West Bank* begannen die Palästinenser zahlreiche sogenannte »technische Komitees« einzurichten, die den palästinensischen Delegationsteilnehmern in Washington und denen der multilateralen Friedensgespräche sowie der Führung der PLO in Tunis hinsichtlich der technisch-inhaltlichen Aspekte (wie z.B. wirtschaftliche Kooperation mit Israel, Wasser, Flüchtlinge, Handel, Investitionen, jüdische Siedlungsaktivitäten, Umwelt) der Verhandlungsführung zuarbeiten sollten.¹⁵ Die Aktivitäten der Komitees fanden in Tunis eine organisatorische Entsprechung. Die PLO hatte eine Abteilung eingerichtet, die die bi- und die multilateralen Verhandlungen verfolgen sollte (ohne freilich formal an ihnen teilzunehmen). Die bilateralen Verhandlungen koordinierte Mahmoud Abbas, während Ahmad Qureia (Abu Ala), Wirtschaftsfachmann der PLO, die multilateralen Verhandlungen aus dem Hintergrund koordinierte. Zur Erfüllung seiner Aufgabe hatte Qureia eine kleine Beratergruppe um sich gebildet, die Hintergrundpapiere, Redebeiträge und Positionspapiere in Zusammenarbeit mit mehreren Assistenten erarbeitete. Im Kontext dieser Arbeiten entwickelte die Gruppe weitergehende Ordnungskonzepte für die Zukunft des Nahen Ostens:

»In the discussions with Abu Ala [Ahmad Qureia] we thought about looking forward, looking ten years from now [1991] in terms of full peace, when there is full peace, peace agreement with Israel and ourselves, Jordan, Syria, Lebanon and [...] that the full peace will become full warm and live. How would things look like and how would things be in the new Middle East. And whether economics play an important role in that. We developed a concept [...] of interdependency in economic terms which would be an indispensable factor in creating a durable peace.«¹⁶

- 15 Interview mit Mohammad Shtayyeh, Direktor des *Palestinian Economic Council for Development and Reconstruction*, Ramallah, 28. September 1997. Die Palästinenser der *West Bank* und des Gaza-Streifens wurden eingeladen, an den multilateralen Friedensverhandlungen teilzunehmen; Palästinensern von außerhalb der Gebiete wurde durch die Formel der Verhandlungen von Madrid eine Teilnahme untersagt. Erst im Oktober 1992 stimmte die neue israelische Regierung einer Teilnahme von Palästinensern aus der »Diaspora« zu – vorausgesetzt sie waren keine Mitglieder der PLO (Peters 1994: 6).
- 16 Interview mit Maher el-Kurd (Berater von Ahmad Qureia), Gaza-Stadt, 27. Mai 1998.

Die EU-Kommission hatte ein Interesse, diesen Prozeß innerhalb der PLO zu fördern. Ohne die politischen und diplomatischen Konsequenzen abzusehen,¹⁷ beauftragte sie im Sommer 1991 Qureia mit der Formulierung eines Entwicklungskonzepts für den Gaza-Streifen und die *West Bank*. Im November 1991 legte dieser ein entsprechendes, knappes Konzept mit dem Arbeitstitel »Thoughts on the Prospective Dividend and Regional Economic Cooperation« vor, in dem er seine Vorstellungen von einem »Neuen Nahen Osten« darlegte.

Gleichzeitig baute die EU-Kommission ihre Beziehungen zu israelischen Nicht-Regierungsorganisationen wie der *Economic Cooperation Foundation* in Haifa aus. Der Direktor des Instituts, Yair Hirschfeld, versuchte seinerseits mit Hilfe Yossi Beilins (seit den Wahlen 1992 stellvertretender Außenminister Israels und enger Vertrauter von Shimon Peres) die Kontakte zur Kommission zu stärken. Im Rahmen eines Forschungsauftrags der Kommission erstellte Hirschfeld schließlich eine Studie mit dem Titel »Israel, the Palestinians and the Middle East: From Dependency to Interdependence«. Auch sie beschäftigte sich mit den positiven politischen Effekten sich entwickelnder interdependenter Wirtschaftsstrukturen im Rahmen einer palästinensischen Autonomieregelung. Darüber hinaus entwickelte Hirschfeld in derselben Studie eine »breakthrough strategy«, die mittelfristig den Ausgleich Israels mit seinen arabischen Nachbarn zum Ziel hatte. Ohne daß die Kommission dies beabsichtigt hätte, hatte sie damit den unmittelbaren konzeptionellen Grundstein für die Gespräche von Oslo gelegt.¹⁸

Hirschfeld wurde 1992 durch Hannan Ashrawi, Sprecherin der Palästinenser in Washington, auf die Arbeiten Qureias aufmerksam gemacht und kam zum Schluß: »If I only wanted to meet one member of the PLO leadership, it was Ahmad Qureia, because his ideas were very much compatible with ours.«¹⁹ Gleichzeitig informierten die palästinensischen Teilnehmer der REDWG die PLO-Führung über die Arbeiten Hirschfelds.²⁰ Die PLO-Führung erkannte darin neue, von der offiziellen israelischen Politik nicht vorgebrachte Positionen. Folgerichtig trafen sich Hirschfeld und Qureia ein erstes Mal im Umfeld einer Sitzung der multilateralen Verhandlungen in London Anfang Dezember 1992, bevor es dann unter Vermittlung des norwegischen FAFO-Instituts und der norwegischen Regierung im Januar zur ersten Gesprächsrunde in Oslo kam.²¹

17 Interview mit Eberhard Rhein (Direktor der Generaldirektion 1b der EU-Kommission a.D.), Brüssel, 21. Januar 1998.

18 Dieser Erfolg ist in den folgenden Jahren weder von der Europäischen Union selbst, noch von Beobachtern wahrgenommen worden. Vielmehr wurde der Mythos von der Zweitklassigkeit der EU im Friedensprozeß, nach den USA, gepflegt.

19 Interview mit Yair Hirschfeld, Jerusalem, 20. Mai 1998.

20 Interview mit Mohammad Shtayyeh, Ramallah, 28. September 1997.

21 Auf die außerordentliche Vermittlungsleistung des die Geheimverhandlungen operativ umsetzenden FAFO-Instituts und der norwegischen Regierung wird im folgenden nicht weiter eingegangen. Neben den persönlichen Kontakten zwischen dem Leiter des Instituts, Terje Larsen, und den Hauptakteuren des Osloer Prozesses war das Angebot der Norweger, absolute Geheimhaltung der Operation zu garantieren (wie beispielsweise entspre-

Gleichzeitig begann diese erste Runde mit der Diskussion der ähnlichen Konzeptionen eines »Neuen Nahen Ostens«,²² welche im Fortgang zum Referenzrahmen der Geheimgespräche werden sollten. Ron Pundak, der Hirschfeld nach Oslo begleitete, kam zum Schluß:

»One of the unique things about Oslo was that it began with two sides dealing beyond politics, and engaging in the discussion about economic cooperation. [...] So basically the two sides, us and the Palestinians meaning Abu Ala [Ahmad Qureia] in this case, were looking at the economics dimension side by side with economic cooperation, not through economic cooperation but side by side. Take into consideration that the other senior member of the Palestinian delegation was Dr. Maher al-Kurd who later entered as a senior economic advisor of the chairman, Arafat, which had also its input. [...] We saw a paper which Abu Ala presented to the Europeans which was written 1992 somewhere, at the beginning, maybe even a year earlier. This paper very very impressed us because it looked at the whole peace dialogue in a different dimension which was close to our idea meaning Yair's, myself and Beilin's. This was very encouraging and we were very very keen to meet Abu Ala, with no connections to the political peace process, but to the economic peace process. This paper was definitely for my point of view a sign of peace. [...] However, it is not right to say that we started to speak about economics and then through this kind of threshold we went into politics, no, we spoke about this as one comprehensive thing. It helped us to reach understanding on economy and to have common language through this, but one can not say we started dealing with economy exclusively. We dealt with this hand in hand together, although it was much easier to discuss for example the idea of Gaza first when we already started to plan together the economic developmental ideas of joint areas for industry and commerce, things like this.«²³

Israelis und Palästinenser hatten mit der Diskussion der Entwicklung regionaler ökonomischer Potentiale und des damit untrennbar verknüpften politischen Ausgleichs einen gemeinsamen, gewissermaßen visionären Referenzpunkt für die Organisation ihres zukünftigen Zusammenlebens ermittelt. Es waren also nicht etwa gemeinsam – wenn auch aus unterschiedlichen Perspektiven – erlebte historische Erfahrungen, sondern ein gemeinsamer Zukunftsentwurf – im Sinne der wirtschaftlichen Chanceneröffnung –, der die Kommunikationspartner eine gemeinsame Sprache finden ließ. Hervorzuheben, auch im Lichte der aktuellen Diskussion um die Rolle der Europäischen Union im Nahost-Friedensprozeß, ist, daß die EU durch ihr höchst pragmatisches Vorgehen im Rahmen der multilateralen Friedensverhandlungen als auch im Kontakt mit israelischen NGOs und der PLO gewissermaßen den Grundstein für die Schaffung eines gemeinsamen lebensweltlichen Entwurfs legte, der dann eine überragende Funktion in den ersten Runden der Osloer Verhandlungen erfüllte. Bis zur siebten Verhandlungsrunde und der Übernahme der Verhandlungsführung durch Rabin und Arafat sollte die gemeinsame Entwicklung des regionalen

chende Ein- und Ausreisearrangements für die Delegationsmitglieder). Dies war eine notwendige Bedingung für beide Seiten, da dadurch immer die Möglichkeit der Demütigung der Gespräche offengehalten wurde (Interview mit Shlomo Gur, Assistent Yossi Beilins, Jerusalem, 2. September 1999).

22 Dieser Begriff wurde von Peres (1993) geprägt.

23 Interview mit Ron Pundak, Tel Aviv, 21. September 1997.

ökonomischen Potentials die ideelle Grundlage des Prozesses bleiben. Sie fand schließlich ihren formellen Niederschlag in den Anhängen III und IV der im September 1993 unterzeichneten Prinzipienklärung.²⁴

4.2. Empathie als neues Element israelisch-palästinensischer Verhandlungen

Diskursive Prozesse entfalten ihre Wirkung nur, wenn die Diskurspartner versuchen, die Positionen der anderen Seite empathisch nachzuvollziehen und zu verstehen. Inwiefern läßt sich dieses zweite wesentliche Element diskursiver Prozesse im Verhandlungsprozeß von Oslo nachweisen?

Nachdem in der ersten Runde der Gespräche ein gemeinsamer Referenzrahmen für die folgenden Runden konstruiert worden war, kamen beide Seiten zu dem Schluß, daß die Osloer Gespräche die Chance eröffneten, über einen informellen Dialog hinaus zu Verhandlungsergebnissen zu gelangen. In langen Diskussionen zwischen Qureia, seinen zwei Begleitern in Oslo, Hassan Asfour und Maher el-Kurd, sowie Mahmoud Abbas entwickelten die Palästinenser ihre Verhandlungsstrategie:

»We realised if we want to talk about 1948, about historical rights, 1967, refugees, displaced, water rights, then of course we would not get anywhere. In our consideration there was a historical brief moment that needed to be utilised. [...] When we had the first meeting with Hirschfeld and Pundak we told them: lets not talk about the past, lets not talk about who occupied the land and who made the aggression, lets not talk about Jaffa and Haifa and so on. Lets talk about what we can achieve if we can achieve it in the coming five years and create a momentum and an interest on both sides in making peace based on the two state solution. We proposed not talk about the past but about political separation and economic cooperation.«²⁵

Auch die Israelis realisierten, daß ein »justice oriented approach«, der seine Basis auf historisch legitimierten Positionen und Interessen finden würde, kaum Aussicht auf Erfolg haben würde. Da durch die Diskussion historischer Ansprüche lediglich bekannte Stereotypen reproduziert würden, entschieden sie sich für ein »lösungsorientiertes« Verhandlungskonzept. Dadurch wäre es möglich, wahrgenommene kollektive Kooperationsgewinne zu akzentuieren:²⁶ »The idea was to try and find ways for the future and to do that in a rational and not an emotional way.«²⁷

Nach der ersten Runde beschloß Yair Hirschfeld dementsprechend, einen ersten Entwurf für ein Abkommen zwischen der PLO und Israel zu formulieren. Er nutzte dabei seine Vorarbeiten aus der Studie für die EU, aus zahlreichen Gesprächen mit den Palästinensern der *West Bank* und des Gaza-Streifens und mit Mitgliedern der

24 Weite Teile des Textes von Annex III und IV sind identisch mit Teilen der von Hirschfeld 1992 entworfenen Studie »Israel, the Palestinians and the Middle East: From Dependency to Interdependence«.

25 Interview mit Maher el-Kurd, Gaza-Stadt, 27. Mai 1998.

26 Interview mit Yair Hirschfeld, Jerusalem, 20. Mai 1998.

27 Interview mit Ron Pundak, Tel Aviv, 21. September 1997.

PLO gewonnene Informationen als auch die in Washington formulierten Verhandlungspositionen in den bilateralen Friedensverhandlungen. Sein Ansatz war dabei nicht, ein israelisches Positionspapier zu formulieren, sondern:

»The first draft already combined both our and their [the Palestinian's] positions but not the positions we wanted them to portray but what we thought that they could not but to put on the table. So we did not draft an Israeli position, we drafted [...] something which we believed could be already a first construction for a bridging draft and then it became, after amendments, [...] the first joint draft declaration of principles.«²⁸

Die Palästinenser zeigten sich anlässlich dieses substantiellen israelischen Kommunikationsangebots erstaunt und gelangten zu der Überzeugung, daß sie schließlich Gesprächspartner gefunden hatten, die in einem gemeinsamen, problemlösungsorientierten Prozeß ein für beide Seiten befriedigendes Verhandlungsergebnis erzielen wollten. Zwei Schlüsselindikatoren waren für ihre Analyse von besonderer Bedeutung: Zum einen glich das von Hirschfeld erarbeitete Konzept (politische Teilung bei gleichzeitigem Ausbau der ökonomischen Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern) dem Ansatz, den die Gruppe um Qureia erarbeitet hatte, der allerdings bei den offiziellen Verhandlungen in Washington so nie zur Sprache gebracht worden war. Die Israelis schienen folglich nicht daran interessiert zu sein, die wirtschaftliche Entwicklung der palästinensischen Gebiete langfristig zu blockieren, sondern waren im Gegenteil an einer wirtschaftlich gesunden palästinensischen politischen Einheit orientiert. Zum zweiten konnten die Palästinenser der Struktur des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses selbst zustimmen: In seinem Papier für die EU hatte Hirschfeld ein Konzept entwickelt, das das Prinzip des Gradualismus für den Fortgang der Verhandlungen wie auch für die schrittweise Übertragung von Kompetenzen an eine palästinensische Autonomieverwaltung betonte: Das Territorium der *West Bank* und des Gaza-Streifens sollte Schritt für Schritt unter die Kontrolle palästinensischer Institutionen gestellt werden, gleichzeitig würden die Kompetenzen dieser Institutionen graduell erweitert.²⁹ Der Entwurf schlug zudem vor, daß die zwischenzeitlichen Verhandlungsergebnisse hinsichtlich einer Interimsperiode das Endresultat der Verhandlungen nicht präjudizieren dürfe. Dies eröffnete der PLO die Chance, schnell mit der Errichtung palästinensischer Institutionen in den besetzten Gebieten zu beginnen, ohne daß die zu diesem Zeitpunkt erworbenen Herrschaftsgewalten den endgültigen Hoheitsbereich der Palästinenser vorwegnehmen würden.

»Whatever would go right or wrong in the interim period, would not deprive us of making up in the final status. And that was accepted in the draft, which was never accepted in any draft that was discussed [previously]. When we saw these two things, the combination of political separation and economic cooperation on one hand, that whatever in the interim arrangement would happen, would not prejudice the final status. On these two things we can get an agreement. The details would come later.«³⁰

28 Interview mit Ron Pundak, Tel Aviv, 21. September 1997.

29 Interview mit Maher el-Kurd, Gaza-Stadt, 27. Mai 1998.

30 Interview mit Maher el-Kurd, Gaza-Stadt, 27. Mai 1998.

Letztendlich kam die palästinensische Führung zum Ergebnis, daß die Israelis zum ersten Mal die palästinensischen Positionen in ihre Erwägungen einbezogen und dementsprechend ihre eigenen modifizierten. Dies führte nach ihrer Ansicht zu einer tiefgreifenden Veränderung des israelischen Verhandlungsansatzes.³¹ Die Israelis hatten also einen explizit empathischen Ansatz zur Formulierung des sogenannten »draft-zero«³² gewählt. Es ging ihnen gerade nicht darum, zunächst ein Positionspapier in der Verhandlungseröffnung vorzulegen, um dann eine entsprechende Antwort der Palästinenser zu erwarten; statt dessen versuchten sie, die Positionen der PLO zu antizipieren und in ein erstes Konsenspapier zu integrieren. Damit wäre auch das zweite Element erfolgreicher diskursiver Prozesse ermittelt.

4.3. Gegenseitige Anerkennung im Schatten der Geheimhaltung

Freilich verlief der Dialog bislang auf einer eigentümlichen Grundlage: Die beiden Parteien erkannten sich auf einer individuellen Ebene als gleichberechtigte Diskurspartner an, nicht aber formal als Vertreter des Staates Israel oder der PLO. Hirschfeld und Pundak – obwohl gestützt von Beilin – besaßen weder ein formales Verhandlungsmandat, noch waren sie offizielle Regierungsvertreter, so daß eine zumindest implizite formale Anerkennung der Konfliktparteien als legitime Diskurspartner im Schatten der Geheimhaltung zu diesem Zeitpunkt der Gespräche noch ausstand. Die Entscheidungsträger beider Seiten mußten also in den Prozeß integriert werden, um ihm seine politische Bedeutung zu geben.

Die Integration Rabins und Peres' auf israelischer und Arafats auf Seiten der PLO war allerdings nicht ohne weiteres möglich. Während Peres' eigene Konzeption eines »Neuen Nahen Ostens« kompatibel mit den normativen Grundlagen des Prozesses von Oslo war (Peres 1993), konnte sich Rabin, der einen Ausgleich mit den Palästinensern vor allem mit der Wahrung israelischer Sicherheitsinteressen verband, zunächst kaum mit ihnen identifizieren. Auf palästinensischer Seite war Arafat eher an einer Konstellation interessiert, die ihm die Rückkehr in die besetzten Gebiete ermöglichen würde, nicht aber an allgemein gehaltenen wirtschaftlichen Integrationskonzepten. Ahmad Qureia war als Mitglied des Zentralkomitees der Fatah zwar weit einflußreicher als seine israelischen Gesprächspartner; aber auch er besaß kein formelles Verhandlungsmandat. Damit mußte sich das durch die Verhandlungsgruppe erarbeitete Konzept erst als akzeptabel für die Prinzipale³³ auf beiden Seiten erweisen.

Die Integration der Entscheidungsträger durchlief mehrere Stufen: Nachdem die ersten Konturen eines möglichen Abkommens skizziert wurden, begannen die Teilnehmer in einem zweiten Schritt im Frühjahr 1993 die Aufmerksamkeit Arafats, Rabins und Peres' auf sich zu lenken, um so den informellen Status eines »autorierten Kanals« zu erhalten. Freilich war ihnen bewußt, daß auch andere Akteure in

31 Interview mit Mamdouh Noufil, Ramallah/West Bank, 26. Mai 1998.

32 Interview mit Yair Hirschfeld, Jerusalem, 20. Mai 1998.

33 Der Begriff der Prinzipale ist entlehnt aus North (1981).

Konkurrenz zum Kanal von Oslo Dialogprozesse zu initiieren versuchten (siehe unten, Kap. 5). Die Israelis bestand darauf, diese Kanäle zu kontrollieren und durch Oslo zu koordinieren (Abbas 1995: 133). Erst im April schließlich galten die Osloer Gespräche als der ausschließliche Ort für ernsthafte israelisch-palästinensische Verhandlungen. Zu diesem Zeitpunkt war klar: »Oslo was it, and nothing else.«³⁴

Die vollständige Integration der Entscheidungsträger beider Seiten konnte allerdings nicht durch die Ergebnisse des Osloer Kanals allein geleistet werden. Dazu bedurfte es der Unterstützung Ägyptens, zu dessen Führung sowohl die PLO als auch Israel gute Beziehungen unterhielten. Der ägyptische Präsident Husni Mubarak und sein kleiner Beraterstab ließen sich auf ein Manöver ein, das letztendlich Rabin und Arafat überzeugte, die sich in Oslo bietende Chance wahrzunehmen. Zentrale Figuren waren der ägyptische Botschafter in Tel Aviv, Mohammad Bassiouny, der außenpolitische Berater des ägyptischen Präsidenten, Usamah al-Baz, sowie auf israelischer Seite der Peres-Vertraute Nimrod Novik.

Die Osloer Gespräche hatten im Frühjahr einen Punkt erreicht, an dem Peres die Idee, zuerst Gaza und Jericho an die PLO zu übergeben, in den Kanal einspeisen wollte. Dazu nahm er Anfang April den Umweg über Kairo. Nimrod Novik berichtete:

»And we went to one of his [Bassiouny's] meetings in Peres' Tel Aviv office and Peres was in a very thoughtful reflective mood. Peres made a very brief comment, saying that 'tell the President to take seriously and study the issue of Gaza first' and started to elaborate, he did not elaborate for more than 45 or 60 seconds. As we always do, we left his office, sat down, because Bassiouny likes to listen to him and I take notes, then we sit down outside and [...] developed the concept, several papers came out of this conversation, and Bassiouny was on his way to Cairo to see the President which is also a common practise. He usually meets with the president tête-à-tête for an hour, two or three, depending on the agenda, which is rare. [...] And we developed a concept paper just on that, when Bassiouny [...] sat down with the President, he raised with him the various reports. Out of these various reports the President said about one, leave this one with me, and that was that particular one.«³⁵

Mubarak plante nunmehr seinerseits ein Manöver, um Arafat das Gaza-Jericho-Konzept zu verkaufen. Ohne ihn über den israelischen Vorschlag zu informieren, schlug er Arafat vor, von den Israelis zunächst Gaza und Jericho zu fordern.³⁶ Arafat realisierte, daß dieser Vorschlag ein »window of opportunity« darstellen könnte, da somit zumindest ein Teil der Gebiete unter seine Kontrolle gelangen würde. Er skizzierte eine entsprechende Karte, die die zu übergebenden Gebiete großzügig festlegte: »Arafat drew a map with Jericho the size of California.«³⁷ Mitte April überreichte Mubarak Rabin diese Karte in Ismailiya. Obwohl Rabin in vielen Aspekten der Position Arafats nicht folgen konnte, zeigte er sich von dessen Ernsthaftigkeit, eine Verhandlungslösung zu erzielen, überzeugt. In einer anschließenden Pressekonferenz machte er die Grundlagen eines is-

34 Interview mit Yair Hirschfeld, Jerusalem, 20. Mai 1998.

35 Interview mit Nimrod Novik, Herzliyah Pituah, 21. Mai 1998.

36 Interview mit Nimrod Novik, Herzliyah Pituah, 21. Mai 1998.

37 Interview mit Nimrod Novik, Herzliyah Pituah, 21. Mai 1998.

raelisch-palästinensischen Ausgleichs noch einmal deutlich und erklärte: »You must understand that territorial compromises are part of our policy«. ³⁸

Von diesem Zeitpunkt an wurden die Verhandlungen von Oslo durch Arafat und Rabin diktiert. Nachdem also die strukturellen und ideellen Grundlagen für offizielle Verhandlungen geschaffen worden waren, wurde die Phase des strategischen Aushandlungsprozesses erreicht. Dieser Wendepunkt wurde auf israelischer Seite in Oslo in zwei Schritten vollzogen. Zunächst wurde Uri Savir, Generaldirektor im israelischen Außenministerium, zur sechsten Runde in Oslo am 21. Mai 1993 entsandt, wodurch die Gespräche zu offiziellen Verhandlungen aufgewertet wurden. Zum ersten Mal traf ein israelischer Regierungsvertreter mit Vertretern der PLO zusammen, um über eine Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts zu verhandeln. Gleichsam symbolisierte Savirs Erscheinen einen weiteren Schritt in Richtung gegenseitiger Anerkennung. Savirs Anwesenheit hatte zu diesem Zeitpunkt der Gespräche damit zwar keine substantielle, wohl aber große symbolische Bedeutung.

Der zweite Schritt wurde durch die Entsendung des Rechtsberaters und Vertrauten Rabins, Joel Singer, zur siebten Runde am 13. Juni 1993 vollzogen. Singer hatte schon in den ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen Erfahrungen mit arabischen Verhandlungspartnern sammeln können und genöß daher das Vertrauen Rabins. Seine Präsenz markierte den Einstieg in den Aushandlungsprozeß der Prinzipienklärung wie der gegenseitigen Anerkennung. Gleichzeitig wurden Rabin und Singer gewahr, daß der bisherige Verlauf der Osloer Gespräche und seine Vorarbeiten große Kosten mit sich brachten. Singer bemängelte insbesondere die wirtschaftliche Ausrichtung des bis dahin erarbeiteten Dokuments:

»The text which had been developed by Hirschfeld and Pundak was terrible. Full of economics. So we had to work on it. Because we could not get a totally new document, I introduced interpretations and understandings of the text, so it was made contingent upon these. In addition I changed some of the wording slightly which would give the document another meaning«. ³⁹

38 Arab Republic of Egypt Radio, Kairo, 14. April 1993, in: FBIS-NES-93-071 (Foreign Broadcast Information Service, Near East and South Asia).

39 Interview mit Joel Singer, Washington, D.C., 16. Juni 1998. Dementsprechend entschied sich Singer, dem Abkommen sogenannte »Agreed Minutes to the Declaration of Principles« beizufügen, die einige Artikel der Prinzipienklärung modifizierten. Von besonderer Bedeutung für Rabin war Punkt B, »Specific Understandings and Agreements«, in Artikel IV, der die Reichweite des zu errichtenden palästinensischen Autonomierates festlegt. Danach wurde explizit ausgeschlossen, daß der Rat Kompetenzen hinsichtlich Jerusalem, der jüdischen Siedlungen auf der *West Bank* und dem Gaza-Streifen, Militäreinrichtungen und Israelis, die sich in den Gebieten aufhielten, übernehmen könne. Gleichzeitig bestand Singer darauf, den Artikel »the« vor der Territorialbezeichnung »*West Bank*« zu streichen, so daß die Reichweite des Rates nicht »die Gebiete«, sondern lediglich Gebiete der *West Bank* und des Gaza-Streifens umfaßte.

Trotz dieser Bedenken fiel Singers Bericht hinsichtlich des Potentials des Verhandlungskanals positiv aus,⁴⁰ so daß sich Rabin schließlich entschied, den Kanal von Oslo zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Damit war der Weg frei für die Aushandlung der gegenseitigen Anerkennung und der Prinzipienklärung in weiteren sieben Verhandlungsrunden, die allerdings hier nicht weiter behandelt werden können.

Dieses dritte Element diskursiv geführter Verhandlungen, die gegenseitige Anerkennung, ist ungleich schwieriger aus dem vorliegenden Datenmaterial herauszufiltern, als die ersten beiden. Zweifellos erkannten sich Israelis und Palästinenser in der ersten Phase auf einer persönlichen Ebene als gleichberechtigte Diskurspartner an. Auf einer politischen Ebene folgte die Anerkennung aber erst Mitte Mai mit der Entsendung Uri Savirs nach Oslo. Auch nach diesem Schritt war die Geheimhaltung der Gespräche und die Möglichkeit, sie im Falle eines Scheiterns dementieren zu können, notwendige Bedingung für ihren Erfolg. Das diskursive Element der Gespräche allerdings wurde durch die Notwendigkeit, die Verteilungsfragen eines zukünftigen Übereinkommens zu klären, in den Hintergrund abgedrängt. Damit ließe sich einwenden, daß im Falle von Oslo die gegenseitige Anerkennung ein Resultat, nicht aber Vorbedingung eines diskursiven Prozesses war. Andererseits ließe sich argumentieren, daß ohne die gegenseitige persönliche, wenn auch zu diesem Zeitpunkt noch nicht politische Anerkennung der Kanal von Oslo gar nicht erst hätte eingerichtet werden können. Aus analytischer Sicht freilich sind diese Nuancen insofern interessant, als daß sie die Möglichkeit eröffnen, bestimmte Typen der Anerkennung (in den internationalen Beziehungen) zu ermitteln.

4.4. Ergebnisse des diskursiven Prozesses: Verständigung über das Ziel der Verhandlungen

Bis zu diesem Wendepunkt, so das Argument dieses Beitrags, hatten Israelis und Palästinenser durch einen diskursiven Prozeß, der selbst wiederum auf gegenseitiger Anerkennung, Empathie und argumentativem Bezug auf eine gemeinsame Lebenswelt beruhte, sowohl eine gemeinsame Zieldefinition des israelisch-palästinensischen Ausgleichs erarbeitet, wie auch ein Normensystem entwickelt, das den unmittelbar folgenden strategischen Aushandlungsprozeß strukturieren sollte. Dieses Normensystem bestand aus vier Elementen: Erstens wurde der Kanal von Oslo selbst als ausschließliche Arena für die Aushandlung einer Prinzipienklärung und der gegenseitigen Anerkennung akzeptiert. Alle alternativen Kanäle und Dialogforen würden Oslo lediglich zuarbeiten. Zweitens akzeptierten sich die beiden Akteure im Schatten von Oslo implizit als Verhandlungspartner. Dabei gingen die Israelis soweit, mit der Anerkennung der PLO als Verhandlungspartner die Anerkennung der politischen Rechte der Palästinenser einschließlich der Entstehung eines palästinensischen Staates

40 »If we don't come to an agreement with these people, we're asses« (Singer, zit. nach Savir 1998: 33).

zu verbinden.⁴¹ Ähnliches galt für die PLO, die durch ihre Teilnahme an den Verhandlungen implizit ihren Anspruch auf Gesamtpalästina aufgab. Drittens würde die mittlerweile entstandene Rohfassung der Prinzipienklärung so lange modifiziert werden, bis ihr beide Seiten zustimmen könnten. Viertens akzeptierten beide Seiten das Konzept des Gradualismus als Formel für die Strukturierung der vor ihnen liegenden Verhandlungen. Danach würden kontroverse Aspekte zunächst ausgeklammert, um sie später, in sogenannten »final status negotiations« zu verhandeln. In der Zwischenzeit würde den Palästinensern schrittweise Herrschaftsgewalt über immer größere Gebiete der *West Bank* und des Gaza-Streifens übertragen werden.

Konstruktivistische Verhandlungsanalysen gehen von der Annahme aus, daß sich in diskursiven Prozessen kollektive Identitäten bilden und sich demnach auch Präferenzen für kollektiv präferierte Interaktionsergebnisse entwickeln können. Ein konstruktivistischer Ansatz muß demnach nachweisen, daß sich auch in Oslo eine kollektive Identität herausbilden konnte und sich damit auch die Präferenzen der Diskursteilnehmer veränderten.

Entsprechende Ergebnisse lassen sich auf zwei Ebenen nachweisen: Die Osloer Gespräche konstruierten das Konzept regionaler wirtschaftlicher Interdependenzen; die Entwicklung des regionalen wirtschaftlichen Potentials wurde zum Primärziel des politischen Aushandlungsprozesses zwischen Israelis und Palästinensern. Dieser Ansatz unterschied sich deutlich zu vorhergehenden Ansätzen, die die Überwindung des politischen Antagonismus zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn zum Ausgangspunkt von Verhandlungen machten. War die Identität Israels zuvor durch seine Fremdartigkeit inmitten einer arabischen, islamischen und auf einer geringeren Modernisierungsstufe stehenden Region konstruiert, die entsprechend vorsichtiges Vorgehen in den Friedensverhandlungen erforderte, so lag es in der Logik der in Oslo konstruierten Grundannahmen, Israel als Teil eines zukünftig wirtschaftlich integrierten und prosperierenden Nahen Ostens zu begreifen. Um diese neue Identität umzusetzen, war ein umfassender politischer Ausgleich mit den arabischen Nachbarn notwendig. Auch die PLO vollzog mit Oslo einen Identitätswandel. War sie bis 1991 eine nationale Befreiungsorganisation mit Anspruch auf ganz Palästina gewesen, so wurde ihr durch die Integration in den regionalen Rekonstruktionsprozeß bewußt, daß sie gleichsam die Verantwortung für die ökonomische Entwicklung der palästinensischen Gebiete trug. Sie konnte dieser Verantwortung nur durch einen Ausgleich mit Israel gerecht werden.

Nicht nur auf übergeordneter politischer, sondern auch auf individueller Ebene wurde eine kollektive Identität konstruiert: Zwischen den Dialogpartnern in Oslo hatten sich enge persönliche Beziehungen entwickelt, die nach und nach eine kollektive Identität begründeten. Die beiden Parteien begannen, als »one team divided by two«⁴² an der Prinzipienklärung und der gegenseitigen Anerkennung zu arbeiten. Beide Teile dieser Mannschaft verfolgten gleichgerichtete Interessen, nämlich den Kanal von Oslo zu einem Erfolg zu machen, und waren dafür auch zu weitrei-

41 Geschützte Quelle.

42 Interview mit Ron Pundak, Tel Aviv, 21. September 1997.

chenden Konzessionen bereit.⁴³ Die Bildung einer kollektiven Identität schlug sich auch in den Präferenzen der Akteure nieder, die in dieser Phase der Verhandlungen an ein Hirschjagd-Spiel erinnern: Beide Seiten bewerteten einen Verhandlungsabschluß, den Erfolg von Oslo, höher als jedes andere Interaktionsergebnis. Daher waren beide Seiten zu weitreichenden Konzessionen bereit. Das zweitbeste Ergebnis war die einseitige Extraktion von Konzessionen der anderen Seite; drittbestes Ergebnis war, ohne Resultat auseinanderzugehen. Schlechtestes Ergebnis schließlich war das einseitige Angebot von Konzessionen, ohne daß diese Konzessionen von der anderen Seite durch korrespondierende Züge beantwortet worden wären. Zwei Jäger, in diesem Fall die israelischen und palästinensischen Delegationen, hatten also die Wahl, entweder gemeinsam einen Hirschen (ein Abkommen) oder einen Hasen (nicht beantwortete Konzessionen der anderen Seite) zu erlegen.

Die Entwicklung dieser Präferenzen erklärt den relativ moderaten Verhandlungsstil beider Seiten: Beide machten weitreichende substantielle Konzessionen zu Beginn der Gespräche, die über die eigentlichen Verhandlungspositionen der Prinzipale hinausgingen. Dadurch war es ihnen möglich, zunächst zu einer grundsätzlichen Einigung zu gelangen, auf deren Basis die Verhandlungen weitergetrieben werden konnten. Es wurden substantielle Konzessionen zugunsten der Verhandlungsstruktur gemacht. Nach der sechsten Runde »[...] a joint strategic approach had definitively begun to develop, one that assumed a partnership based on mutual legitimization, reciprocal security, and economic prosperity« (Savir 1998: 39).

5. *Alternative Kanäle*

Freilich ist die Schlußfolgerung, daß ein diskursiver Prozeß, gestützt auf Empathie, eine geteilte Lebenswelt und gegenseitige Anerkennung, wichtige Bedingungen für den Erfolg von Oslo darstellten, spekulativ, solange nicht Testfälle für die Überprüfung der konstruktivistischen Thesen hinzugezogen werden. Dem kommt der Umstand zugute, daß PLO und Israel bis September 1993 über keine institutionalisierten Kommunikationsstrukturen verfügten. Was sich in der historischen Situation 1992/93 als Hürde für den bilateralen Ausgleich erwies, stellt sich für die Überprüfung der Validität der konstruktivistischen These geradezu als Glücksfall heraus. Noch am Vorabend der Gespräche von Oslo hatte keine der beiden Seiten ein Konzept entwickelt, wie das dem Konflikt inhärente Kommunikationsdilemma behoben werden könnte. Folglich versuchten beide Parteien vorsichtig, einzelne informelle Kommunikationslinien aufzubauen. Weder für die israelische Regierung, noch für die Führung der PLO war zu diesem Zeitpunkt klar, bei welchem Köder die Gegen-

43 Beispielsweise wurde Jerusalem in die Prinzipienklärung aufgenommen (Artikel V (3); vgl. die Dokumentation in Abdul Hadi 1997: 145) und damit zur Verhandlungsmasse der sogenannten »final status negotiations«. Für Israel war dies eine sehr weitreichende Konzession, da die Zukunft Jerusalems nach israelischer Doktrin nicht verhandelbar war. Für die Palästinenser sollte Jerusalem Hauptstadt eines zukünftigen palästinensischen Staates werden.

seite anbeißen würde. Somit wird der Nachweis der Leistungsfähigkeit des Kanals von Oslo unter konstanten Bedingungen möglich. Für einen Vergleich mit Oslo bieten sich drei Kanäle an: ein Kanal der *American Academy of Arts and Science* der *Harvard University*, das »Program on International Conflict Analysis and Resolution (ICR)« am *Harvard Center for International Affairs* und schließlich die offiziellen Verhandlungen zwischen Israel und der palästinensisch-jordanischen Delegation in Washington. Es muß nunmehr nachgewiesen werden, daß andere israelisch-palästinensische Gesprächskanäle, die parallel zu Oslo verliefen, keine diskursiven Prozesse waren und folglich die Herstellung eines normativen Rahmenwerks für einen strategischen Aushandlungsprozeß nicht leisten konnten. Anders ausgedrückt: Die These Joel Singers, daß jeder andere zu dieser Zeit vorhandene Kanal zur Aushandlung der gegenseitigen Anerkennung und einer Prinzipienklärung hätte genutzt werden können,⁴⁴ muß widerlegt werden. Warum erarbeitete genau der Kanal von Oslo und nicht ein anderer ein Verhandlungsergebnis?

5.1. Der Kanal der *American Academy of Arts and Science*

Ein Konkurrenzkanal zu Oslo war durch die »American Academy of Arts and Science« (AAAS) der *Harvard University* eingerichtet worden. Im Zeitraum von Oktober 1992 bis Mai 1994 diskutierte eine kleine Gruppe israelischer und palästinensischer Sicherheitsexperten Möglichkeiten der bilateralen und regionalen Sicherheitskooperation. Im Beobachtungszeitraum, also der Zeit bis September 1993, wurden vier Treffen in London und Rom ausgerichtet.⁴⁵ Obwohl sich der Kanal von Oslo und der AAAS-Kanal hinsichtlich ihrer Struktur in vielen Elementen ähnelten – beide wurden im Verborgenen geführt, involvierten eine äußerst begrenzte Zahl an Teilnehmern –, konnte der letztere nie die spektakulären Erfolge von Oslo erzielen. Im Sinne der Forschungsfrage wäre nun zu ermitteln, ob eine konstruktivistische Interpretation eine Erklärung liefern kann.

In der Frage der gegenseitigen Anerkennung waren beide Seiten, vor allem die Israelis, zu weitreichenden Konzessionen bereit. Wie im Falle der Osloer Gespräche anerkannten sich die beiden Gruppen implizit auf einer personalen Ebene als gleichberechtigte Diskurspartner. Gleichzeitig gingen die Israelis soweit, die grundsätzlichen Ansprüche der Palästinenser auf einen eigenen Staat anzuerkennen: »If the Israelis had not accepted the eventual emergence of the a Palestinian state, then we would have left the talks.«⁴⁶ Somit wurden auch grundsätzliche politische Ansprüche als legitim anerkannt.

44 Interview mit Joel Singer, Washington, D.C., 16. Juni 1998.

45 Das erste Treffen fand vom 8.-10. Oktober 1992 in London statt; es folgten Treffen am 29. Januar 1993 in London, 26.-27. März in Rom und 28.-30. April in London. Die Daten korrespondieren zeitlich mit den Daten der ersten vier Treffen der Osloer Gespräche am 21. Januar, 11. Februar, 20. März und 30. April 1993.

46 Interview mit Khalil Shikaki, einem palästinensischen Delegationsteilnehmer, Nablus, 20. September 1998.

Es ist zudem plausibel zu argumentieren, daß die Teilnehmer beider Seiten auf eine gemeinsame Lebenswelt zurückgreifen konnten. Die Themenstellung des Dialogs – regionale Sicherheitsarrangements – bildete eine lebensweltliche Bezugsklammer. Zentrale Bestandteile des Dialogs waren die Ausgestaltung regionaler Sicherheitsarrangements unter besonderer Berücksichtigung der strategischen Bedeutung Jordaniens, die Gestaltung einer entmilitarisierten Zone auf der *West Bank* und die Frage, wie die PLO die interne Sicherheit in den Gebieten im Falle der Übernahme durch die PLO mit Sicherheitskräften sichern könnte. Zudem wiesen sich die meisten Teilnehmer durch besondere Expertise in sicherheitspolitischen Fragestellungen aus und waren zum Teil selbst Mitglieder der jeweiligen Sicherheitsestablishments. Unter den Teilnehmern auf palästinensischer Seite ist besonders Nizar Amar, Leiter der Einheit für Informationsanalyse und -auswertung und der Abteilung für israelische Studien im Planungszentrum der PLO, hervorzuheben. Auf israelischer Seite waren mit Shlomo Gazit und Joseph Alpher ehemalige Mitglieder israelischer Sicherheitsdienste beteiligt.⁴⁷ Somit kann davon ausgegangen werden, daß die Teilnehmer, freilich aus unterschiedlichen Blickwinkeln, in ihren Gesprächen Rückbezüge auf eine gemeinsame Lebenswelt herstellen konnten.

Nachdem sich die Teilnehmer als gleichwertige Dialogpartner anerkannt hatten und ihnen eine »gemeinsame Lebenswelt« zu Verfügung stand: welche Aussagen lassen sich zur Empathieentwicklung machen? Hier läßt sich ein wesentlicher Unterschied zu Oslo identifizieren. Während Hirschfeld im zweiten Treffen in Oslo ein erstes Konsenspapier vorlegte, das empathisch die palästinensischen Positionen integrierte, scheuten sich die Diskurspartner der AAAS-Gruppe davor, ähnlich vorzugehen. Obwohl beide Seiten ihre Ansichten und Perzeptionen hinsichtlich einer politischen Regelung des Konflikts und ihre Positionen hinsichtlich der dafür notwendigen Sicherheitsarrangements freimütig äußerten, vermieden sie es, die eigenen Positionen den Argumenten der Gegenseite zu öffnen.⁴⁸ Während die ersten beiden Gesprächsrunden in Oslo bereits substantielle Verhandlungserfolge hervorgebracht hatten, kam der AAAS-Kanal trotz Anstrengungen der Mediatoren der Akademie über einen informativen Austausch von Positionen nicht hinaus.⁴⁹ Die Erklärung dafür liegt nach der konstruktivistischen Analyse des Kanals im mangelnden empathischen Ansatz der Gespräche.

47 »Shlomo Gazit is former head of military intelligence, I deputy head of the Jaffee Center, we have very good access« (Interview mit Joseph Alpher, Jerusalem, 25. September 1998).

48 Dem Autor liegen dazu unveröffentlichte Mitschriften der ersten Sitzung vor.

49 Dennoch leistete der Kanal einen Beitrag zum Resultat der Osloer Gespräche: »Joel Singer told me after Oslo that he had been brought in in May, [...] and in the Foreign Ministry they said: here is the room full of the reports of the Washington talks, read these! [...] He sat for a week and he went through them and he came out and he said: »I don't think anything has happened here«. And – this is according to him – then they gave him, [our] first three reports, London, London, Rome, and they said: »Now read these!« Joel said to me: »I read your reports in the evening and now I understand what it is all about!« That was his comment on our input as he was going to Norway. To what extent that he packed one into the other, I do not know. [...] Perhaps there was no real input from our side« (Interview mit Joseph Alpher, Jerusalem, 25. September 1998).

5.2. Das Dialogprojekt des Harvard Center for International Affairs

Die konzeptionellen Grundlagen des zweiten Testfalls lesen sich wie eine reine Anwendung konstruktivistischer Kommunikationsansätze. Zwischen November 1990 und August 1993 organisierte das »Program on International Conflict Analysis and Resolution (ICR)« am *Harvard Center for International Affairs* insgesamt fünf Workshops: im November 1990, als die Intifada einen vorläufigen Höhepunkt in den besetzten Gebieten erreichte; im Juni 1991 unter dem Eindruck des zweiten Golfkriegs; im August 1991, als die Bush-Administration die Friedenskonferenz von Madrid vorbereitete; im Juli 1992 kurz nach den Wahlen in Israel und schließlich im August 1993, kurz bevor die Osloer Gespräche zum Abschluß kamen (Kelman 1997).

Für die Organisatoren beruhte der israelisch-palästinensische Konflikt nicht nur auf den objektiven und ideologischen Differenzen (Kelman 1997: 62), sondern auf der Überhöhung von Mißtrauen und Fehlperzeptionen. Durch deren Korrekturen sollte zu den eigentlichen Wurzeln des Konflikts vorgestoßen werden, um in der Folge auf Basis »objektiver Interessen« (Kelman 1997: 62) zu verhandeln. Das Konzept der ICR-Workshops ging also davon aus, daß die Bearbeitung sozial-psychologischer Elemente des Konflikts eine wesentliche Bedingung für seine Beendigung sein würde (Kelman 1997: 57). Angesichts der Bedeutung, die die ICR-Workshops den sozial-psychologischen Komponenten in Konfliktlösungsprozessen zumaßen, stellt sich die Frage: Warum erzielten diese Workshops dennoch keine Ergebnisse, die zumindest die Grundlage für einen israelisch-palästinensischen Durchbruch hätten bieten können? Einige Faktoren, die die konstruktivistische Verhandlungsanalyse als wesentlich benennt, waren gegeben: Die Teilnehmer anerkannten sich gegenseitig implizit als gleichberechtigte Dialogpartner. Das Konzept der Mediatoren basierte auf einem empathischen Ansatz, der von den Teilnehmern abverlangte, die Positionen des Gegners nachzuvollziehen und damit die eigenen zu hinterfragen. Die Elemente der gegenseitigen Anerkennung und Empathie waren also gegeben.

Auch das dritte Element – die gemeinsame Lebenswelt – schien den Dialogpartnern eine tragfähige Grundlage für ihren Diskurs zu geben. Offensichtlich stand ihnen mit der Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts ein gemeinsamer Erfahrungsbestand zur Verfügung, auf den sie sich beziehen konnten. Die Mediatoren forderten die Teilnehmer geradezu auf, ihre jeweilige Sicht der Geschichte des Konflikts zu verbalisieren. Die Nutzung dieser Erfahrungen durch Rückbezug des Dialogs auf eine gemeinsame Lebenswelt führte in diesem Fall allerdings nicht dazu, eine kollektiv akzeptierte Grundlage für die Lösung des Konflikts zu erarbeiten. Vielmehr hatte die argumentative Verwendung der historischen Dimension des Konflikts zur Folge, daß lediglich altbekannte Konfliktinterpretationen und Stereotype reproduziert wurden. Während in Oslo die geteilte Lebenswelt in der Idee eines »Neuen Nahen Ostens« ihre Basis fand und die Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts explizit ausgeschlossen worden war, stand in diesen Gesprächen die Geschichte im Vordergrund. Damit war zwar der gegenseitige Informationsaustausch hinsichtlich der gehaltenen Konfliktpositionen möglich; indi-

viduell konstruierte Positionen wurden allerdings nicht hinterfragt, sondern durch die Debatte spiegelverkehrt wahrgenommener historischer Erfahrungen erhärtet. Damit wird aus dieser kurzen Analyse deutlich, daß die Bedeutung gemeinsamer Lebenswelten grundsätzlich für den Erfolg von Dialogprozessen relevant ist. Manche lebensweltlichen Bezüge scheinen allerdings eher geeignet, kooperatives Verhalten zu induzieren als andere.

5.3. Die Gespräche in Washington

Warum wurden die offiziellen Gespräche in Washington nicht als Ort eines israelisch-palästinensischen Ausgleichs genutzt? Nach den strukturellen internationalen und innerstaatlichen bzw. innerorganisatorischen Verschiebungen wäre es durchaus eine Option für beide Seiten gewesen, den Verhandlungsprozeß von Washington neu zu beleben und einen Ausgleich zu erarbeiten. Kann die konstruktivistische Verhandlungsanalyse eine Erklärung liefern, aus welchem Grund die Washingtoner Verhandlungen dennoch ohne substantielles Ergebnis blieben?

Der formale Referenzrahmen der Verhandlungen von Washington waren die von den Ko-Sponsoren USA und Rußland formulierten Einladungsschreiben, die sich explizit auf die Resolutionen 242 und 338 des Weltsicherheitsrates bezogen. Darüber hinaus waren keine Aspekte genannt, die als ein alternativer ideeller Hintergrund hätte dienen können. Wie auch im Kanal der ICR-Workshops war die »gemeinsame Lebenswelt« durch den Konflikt und seine Geschichte selbst konstituiert. Der Ausbruch aus überkommenen Argumentationsmustern wurde dadurch unmöglich gemacht.

Zweitens war die Frage der Anerkennung ungeklärt: Unter keinen Umständen war Israel bereit, einen Vertreter der PLO am Verhandlungstisch zu akzeptieren. Wie oben dargelegt, hätte dies die Akzeptanz der PLO mit allen politischen Folgen impliziert. Sogar die Teilnahme einer eigenständigen palästinensischen Delegation wurde abgelehnt, da dies die Akzeptanz der Existenz eines palästinensischen Volkes bedeutete hätte. Daher insistierte Israel zunächst darauf, daß die Palästinenser in eine gemeinsame jordanisch-palästinensische Delegation zu integrieren wären. Erst in der dritten Verhandlungsrunde wurde die palästinensische Delegation als halbwegs autonom anerkannt,⁵⁰ so daß angenommen werden könnte, daß sich nunmehr ein diskursiver Prozeß zwischen den Palästinensern und Israel hätte entfalten können.

Daß dies nicht der Fall war, läßt sich anhand des dritten Elements konstruktivistischer Verhandlungsanalyse erklären. Diskursive Prozesse entfalten nur dann ihre Wirkung, wenn die Interaktionspartner während des unkooperativen Konfliktausgangs eingenommene Positionen verlassen und auf der Basis einer empathischen Herangehensweise neue Argumente und Positionen »testen« können. Dafür ist allerdings eine notwendige Bedingung, daß dieser Prozeß nicht kostenintensiv ist,

50 Es wurden zwei »Verhandlungstracks« gebildet. Israel bestand allerdings darauf, daß zwei jordanische Delegierte an den israelisch-palästinensischen Verhandlungen teilnehmen müßten, um so verneinen zu können, mit einer rein palästinensischen Delegation zu verhandeln.

ein kooperativer Zug (wie eine empathische Herangehensweise an internationale Verhandlungen interpretiert werden könnte) durch die Gegenseite nicht ausgenutzt wird. In öffentlichen Verhandlungen, wie denjenigen in Washington, sind die Emissäre dem Primat der individuellen Nutzenmaximierung unterworfen. Der palästinensischen und israelischen Öffentlichkeit wäre kaum zu vermitteln gewesen, Verhandlungspositionen ohne ersichtliche Not zu verlassen, wie dies eine empathische Verhandlungsführung verlangt hätte. Was sich in anderen Verhandlungskonstellationen als nützlich erweist, nämlich der Verweis auf die mangelnde Akzeptanz eines bestimmten Verhandlungsergebnisses durch eine »zweite Ebene« als taktischer Zug zur Verbesserung der Verhandlungsposition, ist eine Hürde für die Entwicklung eines diskursiven Prozesses. Mithin wäre damit die These zu überprüfen, ob diskursive Prozesse notwendigerweise diese zweite Ebene ausblenden müssen, um zur Entfaltung zu gelangen. Ein öffentlicher Verhandlungsprozeß wie derjenige zwischen Israel und der jordanisch-palästinensischen Delegation in Washington war dazu nicht in der Lage.

6. *Schlußfolgerung*

Welchen Beitrag leistet nun eine konstruktivistische Analyse für die Erklärung des geheimen Verhandlungsprozesses von Oslo? Am Vorabend von Oslo fanden sich Israel und die PLO mit dem Problem konfrontiert, wie Verhandlungen mit der Gegenseite zu führen wären, ohne den politisch kostenintensiven Schritt der formalen Anerkennung zu gehen; die gegenseitige Anerkennung mußte ja erst verhandelt werden. Wie können Konfliktparteien die gegenseitige Anerkennung verhandeln, wenn doch gegenseitige Anerkennung eine notwendige Bedingung für den Erfolg von Verhandlungen ist? Die Vertraulichkeit von Oslo machte es beiden Seiten möglich, diese Kosten zu minimieren. Die Anerkennung erfolgte zunächst implizit und beschränkte sich darauf, die Diskursteilnahme zu sichern und im Schatten der Geheimhaltung die formale Anerkennung zu verhandeln. In Abgrenzung zu anderen Kanälen hatte der Osloer Kanal weitere Vorteile vorzuweisen: Die Initiatoren des Prozesses waren im Kontext der multilateralen Friedensverhandlungen in eine Diskursgemeinschaft eingebunden, die die konzeptionellen Grundlagen eines wirtschaftlich integrierten prosperierenden »Neuen Nahen Ostens« legten. In Oslo selbst konnten diese Akteure somit auf eine »gemeinsame Lebenswelt« zurückgreifen. Als drittes Element machte der explizit empathische Ansatz von Oslo einen diskursiven Prozeß im Sinne konstruktivistischer Kommunikationsanalyse möglich. Keiner der parallel dazu verlaufenden Verhandlungskanäle wies alle Voraussetzungen eines diskursiven Prozesses auf. Aus einer konstruktivistischen Perspektive ist der alleinige Erfolg des Osloer Kanals daher keine Überraschung.

Der Diskurs von Oslo hatte zwei Ergebnisse: Erstens entwickelte er die normativen Rahmenbedingungen für den in der zweiten Phase folgenden strategischen Aushandlungsprozeß (auf den hier nicht weiter eingegangen worden ist) sowie eine Definition des zu erreichenden Verhandlungsziels; zweitens identifizierten sich die

Akteure zunehmend mit dem Prozeß selbst und entwickelten eine kollektive Identität. Dies wirkte sich wiederum auf ihre Präferenzen aus, die nunmehr ein kooperatives Interaktionsergebnis höher einstufen als alle anderen. Damit wurde das strategische Dilemma, das die Ausgangslage am Vorabend der Osloer Gespräche gekennzeichnet hatte, in den Hintergrund gedrängt.

Drei Aspekte dieser Fallstudie sind von besonderer Relevanz für eine Präzisierung des hier zugrundegelegten theoretischen Ansatzes: Eines der herausragenden Kennzeichen des Osloer Kanals – das allerdings vom konstruktivistischen Kommunikationskonzept nicht aufgegriffen wird – war seine absolute Geheimhaltung und die informelle Atmosphäre der Gespräche. Nur unter diesen Bedingungen war es den Verhandlungsteilnehmern möglich, Empathie für die jeweils andere Seite zu entwickeln und die eigenen Positionen den Argumenten der Gegenseite zu öffnen. Hätten die Verhandlungsteilnehmer jedoch im grellen Licht der nationalen und internationalen Öffentlichkeit gestanden, wäre dieses Verhalten allzusehr als zu nachgiebige oder gar nationale Interessen »verratende« Verhandlungsführung kritisiert worden. Empathische Verhandlungsführung setzt also bestimmte Verhandlungsstrukturmerkmale voraus.

Eng mit diesem Punkt verknüpft ist die Frage nach der Beziehung zwischen Verhandlungsteilnehmern und Entscheidungsträgern. In der ersten Phase des Osloer Prozesses entwickelten die Verhandlungsteilnehmer eine kollektive Identität, einen »team spirit« und die darauf basierende Präferenz, die Verhandlungen erfolgreich abzuschließen. Zu diesem Zeitpunkt waren die Entscheidungsträger allerdings noch nicht in den Verhandlungsprozeß integriert; die Verhandlungen fanden ohne formelles Mandat statt. Im Schatten der Geheimhaltung war möglich, die andere Seite zunächst gleichsam probenhalber anzuerkennen, mit geringen politischen Kosten. Damit entwickelte sich genau zu jenem Zeitpunkt, als sich die Verhandlungen von einem »Arguing-« zu einem »Bargaining-Prozeß« wandelten, ein Spannungsverhältnis zwischen Verhandlungsteilnehmern und den politischen Entscheidungsträgern. Während erstere primär an einem Verhandlungserfolg interessiert waren, orientierten sich letztere an individuellen Verteilungsinteressen. In einer Fortentwicklung des Ansatzes wäre zu ermitteln, welchen Einfluß dieses Spannungsverhältnis auf den Verlauf kommunikativer Prozesse in internationalen Verhandlungen hat.

Drittens veranschaulicht diese Fallstudie, daß die Qualität der gemeinsamen Lebenswelt, auf die sich die beiden Parteien berufen, eine wesentliche Variable für den Erfolg diskursiver Prozesse ist. In Oslo berief man sich gerade *nicht* auf gemeinsame geschichtliche Erfahrungen. Wäre dies der Fall gewesen, so hätten die Palästinenser wohl auf die jahrzehntelange Besetzung ihres Landes verwiesen, die Israelis auf die fortdauernden arabischen Aggressionen, die in drei große Nahostkriege mündeten. Die Diskurspartner bezogen sich aber explizit auf einen gemeinsamen Zukunftsentwurf, der ihre Lebenswelten gewissermaßen synchronisierte. Sie konstruierten einen »shadow of the future« und leiteten daraus durch kooperatives Verhalten zu erzielende Gewinnpotentiale ab. Der Fall von Oslo und der Vergleich mit anderen Kanälen gibt somit zu bedenken, daß gemeinsame Lebenswelten nicht per se kooperationsfördernd sind, sondern daß der Rückbezug auf diese Lebenswel-

ten auch negative Folgen haben kann. Es ist also anzunehmen, daß bestimmte lebensweltliche Entwürfe mehr als andere geeignet sind, Kooperation zu fördern. Das Konzept einer wirtschaftlichen Integration war hervorragend geeignet, einen »shadow of the future« zu schaffen. Zum einen waren beide Parteien im Kontext der multilateralen Friedensverhandlungen in eine Diskursgemeinschaft eingebunden, die die konzeptionellen Grundlagen eines wirtschaftlich integrierten prosperierenden »Neuen Nahen Ostens« legten und konnten damit auf eine »gemeinsame Lebenswelt« zurückgreifen. Mit der Hoffnung auf wirtschaftliche Gewinne für beide Seiten, wurde gleichsam auch der zu verteilende Kuchen vergrößert, es entstand eine *Win-win*-Situation. Es ist bemerkenswert, daß insbesondere die Europäische Union einen wesentlichen Beitrag zur Herstellung der gemeinsamen Lebenswelt beitrug. Indem sie Hirschfeld und Qureia aktiv in den Konstruktionsprozeß einbezog, legte sie die ideellen Grundlagen des Osloer Prozesses.

Dieser Aufsatz hat sich nicht zum Ziel gesetzt, eine »rational-choice«-gestützte Erklärung des Osloer Prozesses zu liefern, obwohl auch dies eine mögliche alternative Forschungsstrategie gewesen wäre. In diesem Fall hätte der Osloer Prozeß als Versuch der Konfliktparteien re-interpretiert werden können, zunächst durch Signale Informationen hinsichtlich ihrer gegebenen Präferenzen auszutauschen und sich durch eine Abfolge von kooperativen und nicht-kooperativen Zügen langsam zur formalen gegenseitigen Anerkennung heranzuarbeiten. In diesem Sinne ließe sich beispielsweise die schrittweise Einbindung der israelischen Regierung über Hirschfeld (regierungsnaher Akademiker), Savir (Regierungsvertreter), Singer (Vertreter Rabins), zu einem späteren Zeitpunkt Peres (Außenminister) bis hin zur von Ministerpräsident Rabin unterzeichneten Anerkennungserklärung der PLO vom 10. September 1993 als Abfolge kooperativer Züge Israels mit Entsprechungen auf Seiten der PLO interpretieren. Es wäre dann zu untersuchen, inwiefern konstruktivistische und »rational-choice«-gestützte Erklärungsansätze sich möglicherweise komplementieren. Beispielsweise basierte die Entsendung Savirs zu den Gesprächen sicherlich auf einer rationalen Kosten-Nutzen-Analyse Rabins, wobei mit der Präsenz Savirs in Oslo politische Anerkennungskosten verbunden waren. Den Nutzen allerdings hatte der diskursive Prozeß von Oslo in Form eines ersten Abkommens erarbeitet. In der weiteren Debatte zwischen den zwei theoretischen Lagern müßte es dementsprechend nun darum gehen, anhand weiterer Fälle zu überprüfen, welche Verhandlungssequenzen durch den einen oder anderen Ansatz besser erklärt werden können.

Literatur

- Abbas, Mahmoud [Abu Mazen]* 1995: Through Secret Channels, Reading.
- Abdul Hadi, Mahdi* 1997: Documents on Palestine, Volume II: From the Negotiations in Madrid to the Post-Hebron Period, Jerusalem.
- Aggestam, Karen/Jönsson, Christer* 1997: (Un)Ending Conflict. Challenges in Post-War Bargaining, in: *Millennium* 26: 3, 771-793.
- Ashrawi, Hannan* 1995: This Side of Peace. A Personal Account, New York.
- Avineri, Shlomo* 1993: Israel and the End of the Cold War. The Shadow Has Faded, in: *The Brookings Review* 11: 2, 26-31.
- Beck, Martin* 1997: Die Struktur des Nahostkonflikts und der Friedensprozeß im Nahen Osten. Die Krise des Petrolismus als Ursache der Verregelung des israelisch-palästinensischen Konflikts, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 4: 2, 295-327.
- Beilin, Yossi* 1997: L'agaat BaShalom (Touching Peace), Tel Aviv.
- Cobban, Helena* 1995: Israel and the Palestinians. From Madrid to Oslo, in: *Freedman, Robert* (Hrsg.): *Israel Under Rabin, Boulder, Colo.*, 91-110.
- Corbin, Jane* 1994: Riskante Annäherung. Die Geheimverhandlungen zwischen den Israelis und der PLO in Norwegen, München.
- Cossali, Paul* 1996: Arab-Israeli Relations 1967-95, in: *Europa Publications: The Middle East and North Africa*, London.
- Enderlin, Charles* 1997: Paix ou Guerres. Les secrets des négociations israélo-arabes 1917-1997, Paris.
- Fearon, James* 1995: Rationalist Explanations of War, in: *International Organization* 49: 3, 379-414.
- Fearon, James* 1998: Bargaining, Enforcement, and International Cooperation, in: *International Organization* 52: 2, 269-305.
- Genschel, Philipp/Plümper, Thomas* 1996: Wenn Reden Silber und Handeln Gold ist: Kooperation und Kommunikation in der internationalen Bankenregulierung, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3: 2, 225-254.
- Goldberg, Giora/Barzilai, Gad/Inbar, Efraim* 1991: The Impact of Intergovernmental Conflict. The Intifada and the Israeli Public Opinion, Jerusalem.
- Habermas, Jürgen* 1981: Theorie des kommunikativen Handelns, Band 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung, Frankfurt a. M.
- Halter, Marek/Laurent, Eric* 1994: Unterhändler ohne Auftrag. Die geheime Vorgeschichte des Friedensabkommens zwischen Israel und der PLO, Frankfurt a.M.
- Heikal, Mohammed* 1996: Secret Channels. The Inside Story of Arab-Israeli Peace Negotiations, London.
- Jaeger, Hans-Martin* 1996: Konstruktionsfehler des Konstruktivismus in den Internationalen Beziehungen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3: 2, 313-340.
- Karsh, Efraim/Mahler, Gregory* (Hrsg.) 1994: Israel at Crossroads. The Challenge of Peace, London.
- Karsh, Efraim/Sayigh, Yezid* 1994: A Cooperative Approach to Arab-Israeli Security, in: *Survival* 36: 1, 114-125.
- Keck, Otto* 1995: Rationales kommunikatives Handeln in den internationalen Beziehungen. Ist eine Verbindung von Rational-Choice-Theorie und Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns möglich?, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2: 1, 5-48.
- Keck, Otto* 1997: Zur sozialen Konstruktion des Rational-Choice-Ansatzes. Einige Klarstellungen zur Rationalismus-Konstruktivismus-Debatte, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 4: 1, 139-151.

- Kelman, Herbert* 1997: Interactive Problem Solving, in: Fisher, Ronald (Hrsg.): Interactive Conflict Resolution, Syracuse, N.Y., 56-74.
- King, John* 1994: Handshake in Washington. The Beginning of Middle East Peace? Reading.
- Makovsky, David* 1996: Making Peace With the PLO, Boulder, Colo.
- Marcus, Jonathan* 1992: Israel Moves Left: Israel's General Election. Realignment or Upheaval, in: International Affairs 68: 4, 693-705.
- Morrow, James* 1994: Modeling Forms of International Cooperation. Distribution Versus Information, in: International Organization 48: 3, 387-423.
- Müller, Harald* 1994: Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln. Zur Kritik der utilitaristischen Handlungstheorien, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1: 1, 15-44.
- Müller, Harald* 1995: Spielen hilft nicht immer. Die Grenzen des Rational-Choice-Ansatzes und der Platz der Theorie kommunikativen Handelns in der Analyse internationaler Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2: 2, 371-391.
- Nassar, Jamal* 1991: The Palestine Liberation Organization. From Armed Struggle to the Declaration of Independence, London.
- North, Douglass C.* 1981: Structure and Change in Economic History, New York.
- Peres, Shimon* 1993: The New Middle East, London.
- Peres, Shimon* 1995: Battling for Peace, New York.
- Peters, Joel* 1994: Building Bridges. The Arab-Israeli Multilateral Peace Talks, London.
- Peters, Joel* 1996: Pathways to Peace. The Multilateral Arab-Israeli Peace Talks, London.
- Risse, Thomas* 2000: »Let's Argue!«: Communicative Action in World Politics, in: International Organization 54: 1, 1-39.
- Risse-Kappen, Thomas* 1995: Reden ist nicht billig. Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2: 1, 171-184.
- Savir, Uri* 1998: The Process. 1.100 Days That Changed the Middle East, New York.
- Schimmelfennig, Frank* 1997: Rhetorisches Handeln in der internationalen Politik, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 4: 2, 219-254.
- Schmalz-Bruns, Rainer* 1995: Die Theorie kommunikativen Handelns – eine Flaschenpost? Anmerkungen zur jüngsten Theoriedebatte in den Internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2: 2, 347-370.
- Schmid, Claudia* 1993: Der Israel-Palästina-Konflikt und die Bedeutung des Vorderen Orients als sicherheitspolitische Region nach dem Ost-West-Konflikt, Baden-Baden.
- Schneider, Gerald* 1994: Rational Choice und kommunikatives Handeln. Eine Replik auf Harald Müller, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1: 2, 357-366.
- Segev, Samuel* 1998: Crossing the Jordan. Israel's Hard Road to Peace, New York.
- Shlaim, Avi* 1994: Prelude to the Accord. Likud, Labor, and the Palestinians, in: Journal of Palestine Studies 23: 2, 5-19.
- Sunderbrink, Ute* 1993: Die PLO in der Krise? Genese, Strukturmerkmale und Politikmuster der Palästinensischen Befreiungsorganisation und deren Herausforderung durch den politischen Islam in der Intifada, Hamburg.
- Wendt, Alexander* 1996: Identity and Structural Change in International Politics, in: Lapid, Yosef/Kratochwil, Friedrich (Hrsg.): The Return of Culture and Identity in IR Theory, Boulder, Colo., 47-64.